

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

12.1.2006

PE 367.699v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-14

Entwurf eines Berichts

(PE 360.242v01-00)

Michael Cashman

Mit Empfehlungen an die Kommission zum Zugang zu den Dokumenten der Organe
(2004/2125(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 1

Erwägung B erster Spiegelstrich

- die in ihr implizit enthaltene Bestimmung des Begriffs legislative Tätigkeit (Artikel 12) zu allgemein ist und zu Verwechslungen mit eher administrativen Tätigkeiten führen könnte. Darüber hinaus ist in der Verordnung nicht festgelegt, dass Rechtsvorschriften von Rat und Parlament öffentlich erörtert und angenommen werden sollten bzw. dass zusätzlich zu den legislativen Initiativen auch von den Mitgliedstaaten eingereichte Änderungsvorschläge unmittelbar zugänglich sein sollten; ***Parlament, Rat und Kommission sollten auch Gespräche über vorbereitende Dokument und die Veröffentlichung legislativer Texte im Amtsblatt sowie anderer Texte aufnehmen, um in konstruktiver Weise das Grünbuch der Kommission zur Transparenz für 2006 zu erarbeiten,***

Änderungsantrag von Antonio Masip Hidalgo

Änderungsantrag 2

Erwägung B, Spiegelstrich 1

- die in ihr implizit enthaltene Bestimmung des Begriffs legislative Tätigkeit (Artikel 12) zu allgemein ist und zu Verwechslungen mit eher administrativen Tätigkeiten führen könnte. Darüber hinaus ist in der Verordnung nicht festgelegt, dass Rechtsvorschriften von Rat und Parlament öffentlich erörtert und angenommen

AM\595119DE.doc

PE 367.699v01-00

werden sollten bzw. dass zusätzlich zu den legislativen Initiativen auch von den Mitgliedstaaten eingereichte Änderungsvorschläge unmittelbar zugänglich sein sollten. Auch alle vorbereitenden Dokumente sollten zugänglich gemacht werden (unabhängig davon, ob sie von den juristischen Diensten der Organe erstellt wurden), damit Entscheidungen in vollständiger Kenntnis des zu regulierenden Bereichs getroffen werden können, **vorausgesetzt, der Gerichtshof ändert seine Rechtsprechung in seinem künftigen Urteil im Fall Turco**. Darüber hinaus sind die Vorgaben für die Veröffentlichung von Legislativtexten im Amtsblatt oder die Organisation des Amtsblatts (beispielsweise im Hinblick auf die elektronische Fassung) nicht geklärt,

Or. es

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 3

Erwägung B, Spiegelstrich 3

- unbedingt festgelegt werden muss, wie einzelne Dokumente ganz oder teilweise als vertraulich eingestuft werden können, und Vorschriften zur regelmäßigen Überprüfung dieser Einstufung erforderlich sind. Zudem widerspricht es dem Grundsatz der Demokratie, auf den die Union gegründet ist, dass das Europäische Parlament keine eindeutige Rechtsgrundlage für den Zugang zu EU-Verschlusssachen hat, vor allem in Fällen, in denen auch den nationalen Parlamenten ein solcher Zugang untersagt oder beschränkt wurde. **Unter dem gleichen Gesichtspunkt sollten die Vorschriften dem Parlament leichteren Zugang zu Verschlusssachen gewähren. Die neuen Vorschriften sollten in einer/einem institutionellen Arbeitsgruppe/Ausschuss erarbeitet werden,**

Or. en

Änderungsantrag von Elly de Groen-Kouwenhoven

Änderungsantrag 4

Erwägung C a (neu)

- Ca. in der Erwägung, dass die Probleme der Anwendung der Verordnung in gewisser Hinsicht mit einer unzureichenden Anwendung in Verbindung standen; in der Erwägung, dass die Rechtsprechung des Gerichtshofs zu der Verordnung auch ergeben hat, dass einige Bestimmungen der Verordnung genauer gefasst und klargestellt werden müssen, insbesondere diejenigen, die Dokumente, die von den Mitgliedstaaten und Dritten erstellt wurden, sowie die Ausnahmeregelungen für Ermittlungen, Rechtsberatung und den „Reflexionsspielraum betreffen“,**

Or. en

Änderungsantrag von Elly de Groen-Kouwenhoven

Änderungsantrag 5
Erwägung C b (neu)

Cb. *unter Hinweis darauf, dass die drei an der Annahme von Gemeinschaftsrecht beteiligten Institutionen immer noch auf der Grundlage teilweise unterschiedlicher Gruppen von Informationen arbeiten; unter Hinweis darauf, dass die Dokumente, über die das Parlament verfügt, im Allgemeinen öffentlich sind, wogegen der Rat und die Kommission oft im Besitz von Verschlusssachen und Informationen sind, die in Bereichen wie Einwanderungs- und Asylpolitik sowie Datenspeicherung und -schutz unter Umständen auch als Grundlage für politische Entscheidungen in legislativen Angelegenheiten herangezogen werden können, für die Artikel 251 EGV gilt,*

Or. en

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 6
Ziffer 1

1. fordert die Kommission auf, ihm auf der Grundlage von Artikel 255 des EG-Vertrags **im Verlaufe des Jahres 2006** einen Legislativvorschlag über „das Recht auf Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission sowie die allgemeinen Grundsätze und die aufgrund öffentlicher oder privater Interessen geltenden Einschränkungen des Zugangsrechts“ zu unterbreiten, **der in interinstitutionellen Gesprächen erarbeitet und den als Anlage beigefügten Empfehlungen entsprechen sollte;**

Or. en

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 7
Ziffer 2

2. stellt fest, dass die genannten Empfehlungen mit dem Grundsatz der Subsidiarität, den Grundrechten der Bürger, **der Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, insbesondere derjenigen zu Artikel 8, und den Artikeln 7 und 8 der Charta der Grundrechte** in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 8

Empfehlung 4, Spiegelstrich 2 a (neu)

- *am selben Tag wie der neue Vertrag/die neue Verfassung im Jahr 2009 in Kraft treten und frühere Entscheidungen unangetastet lassen, so dass kein rückwirkendes Recht eingeführt und nicht gegen Verträge oder mutmaßliche Vereinbarungen verstoßen wird;*

Or. en

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 9

Empfehlung 2, Buchstabe (a), Unterabsatz 1 a (neu)

der/die neue interinstitutionelle Ausschuss/Gruppe zum Zugang der Öffentlichkeit sollte im Hinblick auf einen besseren Zugang zu Dokumenten und bessere demokratische Kontrolle unter anderem folgende Reformen erörtern:

- *Zugang zu vorbereitenden Dokumenten, die im Zusammenhang mit einem bestimmtem Entscheidungsverfahren stehen, damit allen entsprechenden Erwartungen der Bürger in Bezug auf Transparenz entsprochen werden kann,*
- *Zugang zu Aussprachen im Parlament und im Rat, wenn sie als Gesetzgebungsorgane tätig werden,*
- *Regelungen über den Zugang der Öffentlichkeit und bewährte Praktiken für die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften um sicherzustellen, dass sie verständlich sind, für die elektronische Veröffentlichung, für die Konsolidierung von Basistexten und für die Grundsätze im Zusammenhang mit der Veröffentlichung derartiger Texte im Amtsblatt sowie Regelungen für die Mehrsprachlichkeit und die Aufgaben des Amtes für Veröffentlichungen (OPOCE).*

Or. en

Änderungsantrag von Antonio Masip Hidalgo

Änderungsantrag 10

Empfehlung 2, Buchstabe (a)

- (a) **den Begriff „legislatives Dokument“**, d.h. gemäß der Definition in Artikel 12 Absatz 2 der gegenwärtigen Verordnung „Dokumente, die im Laufe der Verfahren zur Annahme von Rechtsakten, die in den oder für die Mitgliedstaaten rechtlich bindend sind, erstellt wurden oder eingegangen sind“, neu definieren, indem ein Hinweis

darauf angefügt wird, dass die Bezeichnung (Rechts)Akt dem Sekundärrecht (mit direkter Rechtsgrundlage in den Verträgen) vorbehalten sein soll, insbesondere bei Annahme im Mitentscheidungsverfahren gemäß dem nach Artikel 251 EGV eingeführten Verfahren.

Die Verordnung sollte dergestalt geändert werden, dass Zugang gewährt werden muss:

- zu allen vorbereitenden Dokumenten im Zusammenhang mit einem bestimmten Entscheidungsverfahren; der Zugang sollte ab dem Zeitpunkt gewährt werden, da die betreffenden Dokumente von jedem am Entscheidungsprozess beteiligten Organ förmlich eingereicht werden;
- zu Aussprachen des Parlaments oder des Rates, wenn diese Organe als Gesetzgeber tätig werden, sowie zu den in der Aussprache behandelten Dokumenten (sofern es sich nicht um Verschlussachen handelt, siehe Empfehlung 3);
- zur Identität des Verfassers jeder Initiative oder jedes förmlichen Änderungsantrags;
- zu wichtigen Zusatzinformationen oder Dokumenten im Zusammenhang mit den Sitzungen der Arbeitsgremien der Organe sowie zu den von den Sekretariaten der Organe vorgelegten Beiträgen (einschließlich des Juristischen Dienstes), sofern es sich nicht um rein administrative Dokumente handelt, ***vorausgesetzt, der Gerichtshof ändert seine Rechtsprechung in seinem künftigen Urteil im Fall Turco.***

Die Verordnung sollte ferner die Rechtsgrundlage für die Einführung von Regeln, bewährten Methoden und interinstitutionellen Vereinbarungen sein, die eine bessere redaktionelle Qualität von Legislativtexten und die Zugänglichkeit zu den endgültigen Legislativtexten gewährleisten, beispielsweise Regeln für

- das Verfassen von Rechtsakten,
- ihre Veröffentlichung in elektronischer Form im Amtsblatt und
- die Konsolidierung der Basistexte mit ihren Änderungsrechtsakten.

In der Verordnung sollten deshalb das Format des Amtsblatts, die Regeln für die Mehrsprachigkeit und die Aufgabe des Amts für Veröffentlichungen festgelegt werden.

Or. es

Änderungsantrag von Elly de Groen-Kouwenhoven

Änderungsantrag 11

Empfehlung 2, Buchstabe (a)

- (a) **den Begriff „legislatives Dokument“**, d.h. gemäß der Definition in Artikel 12 Absatz 2 der gegenwärtigen Verordnung „Dokumente, die im Laufe der Verfahren zur Annahme von Rechtsakten, die in den oder für die Mitgliedstaaten rechtlich bindend sind, erstellt wurden oder eingegangen sind“, neu definieren, indem ein Hinweis darauf angefügt wird, dass die Bezeichnung (Rechts)Akt dem Sekundärrecht (mit direkter Rechtsgrundlage in den Verträgen) vorbehalten sein soll, *(Streichung)*

Or. en

Änderungsantrag von Elly de Groen-Kouwenhoven

Änderungsantrag 12

Empfehlung 2, Buchstabe (b), Unterabsatz 1

- (b) **den Begriff „nichtlegislatives Dokument“** definieren als Dokument im Zusammenhang *(Streichung)* mit nicht rechtlich bindenden Akten. In solchen Fällen *sollte der Zugang zu den Dokumenten die Regel sein, es sei denn die Vertraulichkeit wird durch den Schutz der Interessen, die Grundlage für eine Ausnahme sind, begründet.*

Or. en

Änderungsantrag von Elly de Groen-Kouwenhoven

Änderungsantrag 13

Empfehlung 3, Ziffer 1, Einleitung und Spiegelstrich 1

Da die „aufgrund öffentlicher oder privater Interessen geltenden Einschränkungen“ (Artikel 255 EGV), auf Grund derer der Zugang zu Dokumenten oder Teilen davon verzögert oder untersagt werden kann, in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 gegenwärtig nicht eindeutig definiert sind, sollte die Kommission insbesondere die Artikel 4 und 9 der Verordnung ändern und dabei eindeutiger festlegen, auf welcher Grundlage oder anhand welcher objektiver Kriterien einzelne Dokumente als vertraulich einzustufen oder mit Zugangsbeschränkungen zu versehen sind, um grundlegende Interessen der EU zu schützen. *In der geänderten Verordnung sollte klargestellt werden, dass die Grundlagen, auf denen politische Entscheidungen getroffen und Rechtsvorschriften angenommen werden, unabhängig von dem Bereich, in dem die EU tätig wird, öffentlich verfügbar sein müssen. Es bedarf auch einer Klarstellung der Unterscheidung zwischen der Notwendigkeit von Vertraulichkeit hinsichtlich beispielsweise geplanter laufender Operationen von*

Sicherheitskräften einerseits und den Erfordernissen der Rechenschaftspflicht und der Ex-Post-Kontrolle andererseits. Unter Berücksichtigung bewährter Methoden in den Mitgliedstaaten sollte die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 auch genaue Regeln für folgende Punkte enthalten:

- Gewährleistung, dass Dokumente nicht **routinemäßig** als vertraulich eingestuft werden, **nur weil sie sich auf eine Angelegenheit beziehen, die sicherheitsrelevant ist oder sein könnte**, und

Or. en

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 14

Empfehlung 3, Absätze -1 a und 1 b (neu)

Die Kommission sollte dazu beitragen, dass deutlich wird, dass politische Arbeit nicht von Interessengruppen in einer frühen Phase des Legislativverfahrens ausgenutzt wird. Ein MdEP sollte beispielsweise bei der Ausarbeitung eines Berichts berechtigt sein, seine Informationsquelle nicht anzugeben, was schwierig sein könnte, wenn alle vom Sekretariat vorbereiteten Schriftstücke öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Regelungen zur Transparenz müssen es den Ausschusssekretariaten ermöglichen, beratend tätig zu sein, ohne Gefahr zu laufen, diese Beratung offen legen zu müssen, was zu peinlichen Situationen führen könnte. Solche Regelungen müssen es auch ermöglichen, dass Fachleute Rechtsberatung erteilen, ohne dass die Gefahr auftritt, dass die Position der EU-Institutionen in nachfolgenden rechtlichen Verfahren untergraben wird, oder dass es Lobbyisten oder Interessengruppen ermöglicht wird, öffentlichen Druck auszuüben. Die Beratung durch Fachleute, bevor ein Text öffentlich gemacht wird (vor der förmlichen Vorlage), sollte Teil einer besseren Regelung sein und zusammen mit dem Schutz personenbezogener Daten als ein wesentliches Element guter und verantwortungsvoller Regierungsführung angesehen werden.

Die Verordnung Nr. 45/2001 (Datenschutz) und die Verordnung Nr. 1049/2001 (Zugang der Öffentlichkeit) werden beide von den Institutionen garantiert. Die Artikel 29 Datenschutzgruppe betonte am 17. Mai 2001, dass "personenbezogene Daten, die in einer amtlichen Unterlage enthalten sind oder von einer Verwaltungsbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle vorgehalten werden, nach wie vor personenbezogen [sind] und... daher unter das Datenschutzrecht" fallen. In der Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs wird Datenschutz weit ausgelegt, und in einem Referenzdokument vom Juli 2005 zum Thema "Der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten und der Datenschutz" weist der Europäische Datenschutzbeauftragte auf Schlüsselemente, wie "Schutz vor Weitergabe der von einer Einzelperson vertraulich empfangenen oder erteilten Informationen" hin.

Or. en